

**Staatsanwaltschaft**

*Franziskanerhof  
Barfüssergasse 28, Postfach 157  
4502 Solothurn  
Telefon 032 627 60 39  
Telefax 032 627 76 83*

Staatskanzlei  
zHd. des Regierungsrates

13. Februar 2007

**GESCHÄFTSBERICHT  
der Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn für das Jahr 2006**

Sehr geehrter Herr Landammann,  
sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Im Sinne von § 113 GO erstatte ich Ihnen hiermit Bericht über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft im Jahre 2006. Die Geschäftsleitung hat den Geschäftsbericht an ihrer heutigen Sitzung gemäss § 4 lit. e) der Verordnung über die Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft genehmigt.

**Allgemeines**

Die Arbeit der Staatsanwaltschaft im Berichtsjahr war insbesondere von 2 einschneidenden Umstellungen geprägt: einerseits liefen nach dem Inkrafttreten der Strafverfolgungsreform die Umsetzungs- und Anpassungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Modellwechsel unter scharfer Beobachtung von Politik und Medien mit Hochdruck weiter, andererseits waren umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für das Inkrafttreten des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (AT StGB) per 01.01.2007 zu leisten. Ersteres beinhaltete vor allem den Pendenzenabbau in Bereich des sog. Massengeschäftes (Übertretungsbussen), die Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation an das zentralisierte und hierarchisch aufgebaute Staatsanwaltschaftsmodell sowie die fachliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden zur Bewältigung der neuen Funktionen und Aufgaben. Der neue AT StGB war mit tiefgreifenden Änderungen und Erweiterungen der Geschäftskontrolle "JURIS" und erneut mit sehr viel Ausbildungsaufwand verbunden.

Um so erfreulicher ist, dass trotz diesem erheblichen Zusatzaufwand, weit ab von einem "Normalbetrieb", mehr Geschäfte erledigt werden konnten denn je. Insgesamt sind 36'338 Geschäfte eingegangen und 36'905 erledigt worden. Die Verfahrensdauer betrug dabei in 30 % der Fälle max. 30 Tage, in weitere 18 % max. 60 Tage, in 15 % max. 90 Tage und in 20 % max. 180 Tage. 2 % oder 814 Verfahren dauerten länger als 1 Jahr, wobei zu berücksichtigen ist, dass auch

sistierte Verfahren und solche, bei denen die Strafverfügung nicht zugestellt werden kann, mitgezählt werden. Es wurden 106 Haftanträge gestellt, wovon 90 bewilligt wurden. Die insgesamt 684 Gerichtsüberweisungen (587 nach Einsprache gegen die Strafverfügung; 85 Anklagen in Präsidial- und 12 in Amtsgerichtskompetenz) machen noch rund einen Viertel der Überweisungen an die Gerichte nach altem Modell aus. Von 50 Beschwerden (ohne Rekurse) gegen Zwischenverfügungen oder verfahrenserledigende Verfügungen der Staatsanwälte und Untersuchungsbeamtinnen sind von der Beschwerdekammer des Obergerichts total 17 ganz (12) oder teilweise (5) gutgeheissen worden. Die "Fehlerquote", bezogen auf die Gesamtzahl der erledigten Verfahren, beträgt demnach lediglich 0,05 %. Gegen 1'676 von total 30'790 Strafverfügungen ist Einsprache erhoben worden. Die Anfechtungsquote beträgt hier 5,4 %. Sie ist nur leicht höher als unter der Herrschaft des alten Modells, bei dem die Strafkompentenz des Untersuchungsrichters allerdings bei einem Monat Freiheitsstrafe endete (heute bis 6 Monate Freiheitsstrafe).

Überschattet wurde die Arbeit der Staatsanwaltschaft durch das unerwartete, rasche Ableben des langjährigen, sehr erfahrenen Untersuchungsbeamten Jürg Amoser. Er hat einen grossen Teil des Know-hows der Staatsanwaltschaft im komplexen Strassenverkehrsrecht gewissermassen mit sich ins Grab genommen, weshalb dieser Bereich von Grund auf neu aufgebaut werden muss. Ein zusätzliches besonderes Augenmerk wird auch im laufenden Geschäftsjahr der weiteren Konsolidierung der Organisationsstrukturen, der Verbesserung der Abläufe und der Zusammenarbeit mit wichtigen internen Partnern (insbesondere Systemadministration und Gerichtskasse der Gerichtsverwaltung, Amt für Finanzen, Polizei mit Bezug auf die Einrichtung einer elektronischen Schnittstelle) und der Aus- und Weiterbildung des Personals zu widmen sein mit dem Ziel, die Qualität der Arbeitsleistung stetig zu steigern. Vordringlich ist auch, dass über die Pensensverschiebung von den (im Strafbereich bis zu 75% entlasteten) Gerichten zur Staatsanwaltschaft bald entschieden wird. Bisher konnte die massive Verschiebung der Arbeit von den Gerichten zur Staatsanwaltschaft mit einem leicht erhöhten Personalbestand (Aushilfen) einigermaßen aufgefangen werden. Allerdings war dies nur möglich, weil insbesondere durch das "juristische Personal" (Untersuchungsbeamte und Staatsanwälte) regelmässig Überstunden geleistet und – bezogen auf alle Mitarbeitenden - insgesamt 175 Ferientage auf das nächste Jahr übertragen wurden. Mittel- und längerfristig ist der Zustand der andauernden Überlastung des Personals indes weder verkraft- noch verantwortbar.

### **Zentrale Dienste**

Der Erledigung von Geschäften im Bereich der internationalen Rechtshilfe, der Bearbeitung von interkantonalen Gerichtsstandsstreitigkeiten und der Erteilung von Medienauskünften kam auch im Jahre 2006 ein grosser Stellenwert zu.

Die Kanzlei erbrachte im Rahmen ihrer Supportfunktion in diversen Bereichen wie dem Personalwesen oder der Rechnungsführung wichtige Dienstleistungen zugunsten der gesamten Staatsanwaltschaft. Auf diese Weise, aber auch durch die Mitwirkung in zahlreichen Projekten, leistete sie einen massgeblichen Beitrag zur Konsolidierung der Organisation.

Besondere Erwähnung verdient der Fachbereich "Geschäftskontrolle und Ordnungsbussen". Der Fachbereich, welcher unter anderem für die zentrale Erfassung sämtlicher Geschäfte und Posteingänge der Staatsanwaltschaft sowie für die Bearbeitung des Massengeschäfts (Übertretungsbussen) zuständig ist, sah sich Ende 2005 noch mit einer grossen Anzahl von Pendenzen konfrontiert. Mit gezielten organisatorischen Massnahmen, der Anstellung von zusätzlichem Personal und der Beschäftigung von Aushilfen (insbesondere auch Aushilfspersonal der Gerichte) gelang es, die mehreren Tausend Pendenzen bis Ende 2006 abzubauen und das zunehmend umfangreicher und anspruchsvoller gewordene Tagesgeschäft zu bewältigen. Den auch in qualitativer Hinsicht erhöhten Anforderungen vermochte der Fachbereich ebenfalls Rechnung zu tragen. Mit dem zusätzlichen Personal und gezielten Weiterbildungsmaßnahmen ist die Qualität der Leistungen entscheidend verbessert worden.

### **Abteilung Solothurn**

Auch die Abteilung Solothurn hat ein sehr arbeitsreiches und bewegtes Jahr hinter sich. An die originären Gerichtsüberweisungen (Anklagen ohne Einspracheverfahren) hat die Abteilung Solothurn einen sehr bedeutenden Beitrag geleistet (gesamt 97, davon Solothurn 53, Olten 21, WOK 23). Alle Staatsanwälte der Abteilung haben die ersten Auftritte als Ankläger vor Gericht erfolgreich hinter sich gebracht. Dieser neue Teilbereich der Arbeit eines Staatsanwaltes wird übereinstimmend als höchst anforderungsreich, aber auch als interessant und spannend empfunden.

Die Abteilung Solothurn hatte im vergangenen Jahr zwei gewichtige Abgänge zu beklagen: Im Frühjahr ging der langjährige Untersuchungsbeamte Peter Knobel in Pension und Ende November ist nach kurzer Krankheitszeit und völlig unerwartet der SVG-Spezialist Jürg Amoser verstorben. Beide Kollegen hinterlassen eine grosse Lücke, ihr Ausscheiden aus dem Amt führte zu einer weiteren Überlastung insbesondere im sonst schon strapazierten und unterdotierten Segment der Untersuchungsbeamten. Der Nachfolger von Peter Knobel, der den Bereich des Nebenstrafrechts betreut, hat sich mittlerweile zwar gut eingearbeitet, doch muss vor allem im SVG-Bereich noch viel (Wieder-)aufbauarbeit geleistet werden. Es wird hierzu unumgänglich sein, weitere UB-Stellen zu schaffen, nicht zuletzt aber auch, um die Belastung der Untersuchungsbeamten auf ein erträgliches Mass zu senken. Auch die Belastung der Staatsanwälte ist sehr gross. Das Tagesgeschäft und laufende Fristen in Anklage- und Haftverfahren lassen es leider oft nicht zu, schon länger hängige Verfahren zügig abzuschliessen.

Das mit dem Modellwechsel neu geschaffene Abteilungssekretariat bewährt sich und kann die ihm zugewiesenen Arbeiten in aller Regel recht gut bewältigen.

### **Abteilung Olten**

Im Jahre 2006 war die Belastung der Untersuchungsbeamtinnen und Staatsanwälte auch dieser Abteilung - wie schon in den Vorjahren - enorm. Nach Erledigung des Tagesgeschäfts verbleibt den einzelnen Mitarbeitenden kaum Zeit,

des Tagesgeschäfts verbleibt den einzelnen Mitarbeitenden kaum Zeit, komplexere Verfahren und "Altlasten" mit der gewünschten Beförderlichkeit weiterzuführen. Eine rasche Entlastung der Mitarbeitenden insbesondere durch die Schaffung einer weiteren UB-Stelle, ist dringend angezeigt.

Im Zusammenhang mit dem Vera/Pevos-Verfahren musste StA M. Zeltner im November / Dezember 2006 entlastet werden. Diese Entlastung wurde einerseits durch die weiteren Staatsanwälte der Abteilung Olten und andererseits durch a.o. Untersuchungsbeamte gewährleistet.

Im Weiteren stellte die Abteilung Olten im Verlaufe des vergangenen Jahres 3 Rechtspraktikanten und 2 Polizei-Stagiers während insgesamt 11 1/2 Monaten und einem "Schnupperstift" während 2 Tagen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung.

Der Standort der Abteilung in Olten bringt zwar organisatorischen Mehraufwand, aber keine eigentlichen Nachteile. Als vorteilhaft oder sogar unabdingbar erweist sich der dezentrale Standort für die Zusammenarbeit mit den polizeilichen Sachbearbeitern des Polizeibezirks.

### **Abteilung WOK**

Bei der Abteilung Wirtschaft und organisierte Kriminalität (WOK) sind im Jahre 2006 insgesamt 88 neue Fälle mit Vergehen und/oder Verbrechen ("STA-Geschäfte") eingegangen. Bei den Geschäften mit ausschliesslich Übertretungen ("STR-Geschäfte") betrug die Anzahl Neueingänge 765. Bei den STA-Geschäften fielen insgesamt 70 neu eingegangene Verfahren auf den Bereich Organisierte Kriminalität (BetmG-Widerhandlungen; Kriminalität im Rotlichtmilieu; übrige OK-Geschäfte). 18 Geschäfte betrafen den Bereich Wirtschaftskriminalität. Zu erwähnen ist, dass es sich bei einigen dieser Neueingänge um Umteilungen von Fällen der allgemeinen Abteilungen an die Abteilung WOK handelte. Die 765 STR-Geschäfte betreffen überwiegend Übertretungen gegen das BetmG (Eigenkonsum), welche für die ganze Staatsanwaltschaft zentral durch eine bei der Abteilung WOK angesiedelte Untersuchungsbeamtin erledigt werden. Abgeschlossen wurden durch die Abteilung WOK im Jahre 2006 insgesamt 954 Geschäfte. Davon fielen 789 Geschäfte in den Bereich der BetmG-Übertretungen (Eigenkonsum). Die verbleibenden 165 erledigten Geschäfte gliedern sich wie folgt: 14 Anklagen im Verbrechen-/Vergehensbereich; 104 Strafverfügungen (bei der überwiegenden Mehrheit dieser Geschäfte handelt es sich um Strafverfügungen wegen Widerhandlungen gegen das Lotteriesgesetz im Zusammenhang mit einem "Schenkkreis" sowie um Widerhandlungen gegen das ANAG im Zusammenhang mit Kontrollen im Rotlichtmilieu). Insgesamt 49 Verfahren wurden mittels Einstellung oder Nichteintretens-Verfügung erledigt. Per Ende 2006 waren auf der Abteilung WOK noch 95 Strafverfahren im Verbrechen-/Vergehensbereich (Vorjahr 88) und 89 Strafverfahren im Übertretungsbereich (Vorjahr 229) hängig. Der Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung WOK im Jahre 2006 lag einerseits bei einem grossen Wirtschaftsdelikt, welches während mehreren Monaten die Mehrheit der Abteilung vollauf beschäftigte. Andererseits wurden im Bereich OK

heit der Abteilung vollauf beschäftigte. Andererseits wurden im Bereich OK schwerpunktmässig grosse Betäubungsmittelfälle bearbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt der Ressourcen im Bereich OK lag in der Bekämpfung der Delinquenz im Rotlichtmilieu, wo u.a. mehrere Verfahren wegen Förderung der Prostitution und Menschenhandel bearbeitet wurden. Dies führte dazu, dass die Belastung der Mitarbeitenden der Abteilung WOK die Kapazitätsgrenze einer längerfristig zu bewältigenden Arbeitslast überschritten hatte. Ein Rückgang der neu eingehenden Verfahren ist indes nicht zu beobachten, weshalb vor allem auch in dieser Abteilung eine Verstärkung des Personalbestandes dringend erforderlich ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Oberstaatsanwalt

M. Welter